

Freie Universität Berlin

Lateinamerikainstitut

Projektmodul: Onlineaktivismus und die Veränderungen des Politischen

SoSe 2013 - WS 2013/2014

Dozent: Dr. rer. pol. Bert Hoffmann

Die brasilianische Antwort auf Edward Snowdens Enthüllungen – Onlinepetition
fordert Asyl für Edward Snowden

eingereicht von:

Hanna de Maizière

Sinsheimer Weg 3, 12059 Berlin

hanna.demaiziere@fu-berlin.de

Matrikelnummer: 4654777

Berlin, den 09. April 2014

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	1
2	Die Petition „Asilo no Brasil para o corajoso Edward Snowden!“	1
3	Die Reaktion der brasilianischen Regierung.....	5
4	Die Diskussion um die Privatsphäre im Internet	6
5	Fazit	10
	Literaturverzeichnis.....	13
	Abbildungsverzeichnis.....	15

1 Einleitung

Im Juni 2013 veröffentlichte Edward Snowden, technischer Mitarbeiter der US-amerikanischen Geheimdienste, interne Details über dessen Überwachungspraktiken. Die Enthüllungen erregten weltweit Aufsehen, da sie die umfangreiche Erfassung von sensiblen Daten wie Verbindungsdaten von Telefongesprächen, SMS und E-Mails im In- und Ausland durch die Geheimdienste offenlegten. Besonders die verbündeten Staaten der USA reagierten verstört auf die bekannt gewordene Überwachung durch das Partnerland. Brasilien ist eines der Länder, in denen laut den Angaben von Edward Snowden führende Politiker_innen, darunter die Präsidentin des Landes, sowie Wirtschaftsunternehmen durch US-amerikanische Geheimdienste überwacht worden sind. Von politischer Seite fiel die brasilianische Reaktion auf das Bekanntwerden dieser Tätigkeiten im internationalen Vergleich verhältnismäßig deutlich aus. Die Präsidentin, Dilma Rousseff, sagte ein für Oktober des Jahres 2013 geplantes Treffen mit Präsident Barack Obama ab und kritisierte die fehlenden Aufklärungsbemühungen vonseiten der USA.

Im Folgenden wird auf ein Beispiel gesellschaftspolitischen Engagements im Zusammenhang mit den Enthüllungen von Edward Snowden eingegangen. Dabei handelt es sich um eine Onlinepetition, in der die brasilianische Regierung aufgefordert wird, Edward Snowden Asyl zu gewähren. Es wird hinterfragt, welche anderen Positionen die Petition neben dem eigentlichen Ziel, Asyl für Edward Snowden zu erreichen, vertritt. In diesem Zusammenhang wird beleuchtet, inwiefern diese in Verbindung mit den jüngeren politischen Bemühungen zum Schutz des Privatheitsrechts im Internet stehen.

2 Die Petition „Asilo no Brasil para o corajoso Edward Snowden!“

Nachdem Edward Snowden Interna der US-amerikanischen Geheimdienste veröffentlicht hatte, erließ die USA Haftbefehl gegen ihn. Um diesem zu entgehen, beantragte er Asyl im Ausland, das ihm schließlich vorerst für die Dauer von einem Jahr in Russland gewährt wurde. Die Bedingung hierfür war die Unterlassung weiterer Veröffentlichungen zum Schaden der USA. Um mit seinen Aufdeckungsbemühungen fortfahren zu können, ist Edward Snowden weiterhin auf der Suche nach Ländern, die ihm Asyl gewähren. Angebote

politischen Asyls liegen Edward Snowden aus Venezuela, Bolivien und Nicaragua vor. Die Regierungen der anderen angefragten Länder halten sich mit Zusagen zurück und berufen sich unter anderem darauf, dass Asylanträge formgemäß in einer ihrer Botschaften gestellt werden müssen. In Brasilien gibt es zivilgesellschaftliche Bemühungen, die Regierung zu einer positiven Antwort zu bewegen. Die Onlinepetition „Asilo no Brasil para o corajoso Edward Snowden!“ fordert die Regierung auf, Edward Snowden Asyl zu gewähren. Initiiert wurde sie von dem brasilianischen Staatsbürger David Miranda. Dieser ist der Lebensgefährte des Journalisten Glenn Greenwald, der mit Edward Snowden im Zusammenhang mit seinen brisanten Veröffentlichungen zusammenarbeitete. Miranda war persönlich von den Auswirkungen dieser Zusammenarbeit betroffen, als er im August des Jahres 2013 am Londoner Flughafen festgehalten wurde und seine persönlichen Gegenstände untersucht wurden, da er im Verdacht stand, ebenfalls geheime Informationen bei sich zu führen.

In der Petition, die er am 21.11.2013 auf der Petitionsplattform AVAAZ bereitstellte, fordert David Miranda seine brasilianischen Mitbürger_innen zu Unterstützung auf. Er rechtfertigt das Plädoyer für das Asyl Edward Snowdens in Brasilien mit dem Dienst, den dieser der Weltgemeinschaft und den Brasilianer_innen erwiesen hat: „...nos abriu os olhos para a vigilância norte-americana indiscriminada e em escala global.“¹ Zudem sei Brasilien einer der Hauptbetroffenen der Ausspähaktivitäten der US-amerikanischen Geheimdienste gewesen.² Besondere Aufmerksamkeit erfuhr die Petition, nachdem die brasilianische Zeitung *Folha de São Paulo* am 17.12.2013 einen offenen Brief Edward Snowdens an das brasilianische Volk veröffentlichte.³ In diesem richtet sich Edward Snowden explizit an die brasilianische Bevölkerung und nennt deren Reaktion auf seine Enthüllungen „inspirierend“. Er veranschaulicht die Vorgehensweise der Überwachungsaktivitäten der NSA an alltäglichen Beispielen aus der brasilianischen Lebenswirklichkeit:

Today, if you carry a cell phone in Sao Paolo, the NSA can and does keep track of your location: they do this 5 billion times a day to people around the world.

¹ Onlinepetition von David Miranda (21.11.2013): *Asilo no Brasil para o corajoso Edward Snowden!* URL: https://secure.avaaz.org/po/petition/Asilo_ja_para_o_inimigo_publico_numero_1_dos_EUA/ (Stand 26.02.2014).

² Vgl. Ebenda.

³ *Folha de São Paulo* (17.12.2013): *An Open Letter to the People of Brazil*. URL: <http://www1.folha.uol.com.br/internacional/en/world/2013/12/1386296-an-open-letter-to-the-people-of-brazil.shtml> (Stand 26.02.2014).

When someone in Florianopolis visits a website, the NSA keeps a record of when it happened and what you did there. If a mother in Porto Alegre calls her son to wish him luck on his university exam, NSA can keep that call log for five years or more.⁴

Neben genereller Kritik an der massenhaften Sammlung von Daten ohne Anhaltspunkte auf kriminelle Handlungen der betroffenen Personen verweist Edward Snowden auf den speziellen brasilianischen Fall. Laut seinen Enthüllungen wurden sowohl die Präsidentin Dilma Rousseff als auch der staatliche Erdölkonzern *Petrobras* überwacht. Seiner Meinung nach ging es bei den großangelegten Datensammlungen der NSA im Ausland nie um Terrorismusbekämpfung, sondern um „economic spying, social control, and diplomatic manipulation“. Trotz Anfragen vonseiten brasilianischer Politiker_innen sieht er sich unter den aktuellen Umständen außerstande zu einer Zusammenarbeit. Diese sei nur möglich, wenn ihm ein Land dauerhaftes politisches Asyl gewähre. Schließlich ruft er die Brasilianer_innen zu einem gemeinsamen Kampf zur Verteidigung der Privatsphäre und der Menschenrechte auf.⁵

In einem E-Mail-Interview, welches Edward Snowden eine Woche nach der Veröffentlichung des Briefes dem Programm *Fantástico* des brasilianischen *Globo TV* gab, wehrte er sich gegen den entstandenen Eindruck, er wolle Informationen gegen die Gewährung von Asyl tauschen: „Eu nunca vou trocar informações por asilo, e também não acredito que o governo brasileiro faria isso.“⁶ Für den Fall, dass ihm politisches Asyl gewährt würde, sichert er jedoch seine Unterstützung im Kampf zur Verteidigung der Menschenrechte zu.⁷

Im Kontext der Petition entwickelte sich eine rege Diskussion in den brasilianischen Medien und sozialen Netzwerken. Auch Edward Snowden selbst meldete sich zu Wort. Durch seinen offenen Brief sowie E-Mail-Interviews interagierte er mit den brasilianischen Medien sowie Bürgern und Bürgerinnen. Zudem betonte er sowohl die besondere Betroffenheit Brasiliens von den Überwachungspraktiken der US-amerikanischen Geheimdienste als auch sein persönliches Interesse an einem zukünftigen Aufenthalt in diesem Land.

⁴ Folha de São Paulo (17.12.2013): *An Open Letter to the People of Brazil*. URL: <http://www1.folha.uol.com.br/internacional/en/world/2013/12/1386296-an-open-letter-to-the-people-of-brazil.shtml> (Stand 26.02.2014).

⁵ Vgl. Ebenda.

⁶ O Globo (22.12.2013): *Snowden diz que gostaria de viver no Brasil, mas não trocaria informação por asilo*. URL: <http://oglobo.globo.com/mundo/snowden-diz-que-gostaria-de-viver-no-brasil-mas-nao-trocaria-informacao-por-asilo-11138528> (Stand 26.02.2014).

⁷ Vgl. Ebenda.

Mit einer bunten Inszenierung wurden am 13.02.2014 von Unterstützer_innen der Petition und Vertreter_innen der Onlineplattform AVAAZ über 1,1 Millionen gesammelte Unterschriften an das Außenministerium in Brasilia übergeben. Laut AVAAZ stammen die Unterzeichner_innen aus circa 200 Ländern.⁸



Abb. 1: Übergabe der Unterschriften

Nach der Übergabe stieg die Unterstützerzahl, wenn auch deutlich langsamer, stetig weiter. Die aktuelle Zahl der Unterschriften beläuft sich auf 1.118.254 (Stand 18.03.2014).

Die brasilianische Petition ist nicht die einzige dieser Art. Auch in anderen Ländern gibt es Aufforderungen, die sich an die jeweiligen Regierungen richten.⁹ Jedoch konnte keine dieser Petitionen, die sich um Schutz oder Asyl für Edward Snowden bemühen, eine annähernd große Unterstützerzahl generieren.

⁸ Vgl. O Povo (13.02.2014): *Com 1 milhão de assinaturas, petição por Snowden é entregue no Itamaraty*. URL: <http://www.opovo.com.br/app/maisnoticias/mundo/dw/2014/02/13/noticiasdw,3206211/com-1-milhao-de-assinaturas-peticao-por-snowden-e-entregue-no-itamaraty.shtml> (Stand 26.02.2014).

⁹ Zum Beispiel in Deutschland verschiedene Onlinepetitionen:

Onlinepetition: *Schutz für Edward Snowden in Deutschland*, URL:

<https://www.campact.de/snowden/appell/teilnehmen/> (Stand 27.02.2014).

Onlinepetition von Frank Reginald Wolff (01.11.2013): *Unbefristetes politisches Asyl für Edward Snowden in Deutschland!*, URL:

<https://www.openpetition.de/petition/online/unbefristetes-politisches-asyl-fuer-edward-snowden-in-deutschland> (Stand 27.02.2014).

3 Die Reaktion der brasilianischen Regierung

Edward Snowden wandte sich im Juni und Juli 2013 mit einem allgemeinen Asylgesuch an zahlreiche Länder vor allem in Europa und Lateinamerika. Die brasilianische Regierung ließ die damalige Anfrage unbeantwortet. Insbesondere die Befürchtungen verschlechterter politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu den USA hielten viele Länder davon ab, Zusagen an Edward Snowden zu machen. Die Initiatoren der Onlinepetition „Asilo no Brasil para o corajoso Edward Snowden!“ sehen ihren Aufruf als stellvertretend für einen Asylantrag von Edward Snowden, den dieser aufgrund seines Asylstatus in Russland nicht selbst stellen kann. Gleichzeitig handelt es sich um eine Solidaritätsbekundung mit Edward Snowden und um eine Unterstützung seiner Tätigkeit.

Die Reaktion der brasilianischen Regierung auf die Petition fiel zurückhaltend aus. Dreh- und Angelpunkt der Argumentation der brasilianischen Staatschefin in der Frage eines möglichen Asyls von Edward Snowden in Brasilien ist das Fehlen eines formal gestellten Asylantrags. Dies bezieht sich sowohl auf das allgemeine Asylgesuch als auch auf den im Dezember 2013 veröffentlichten „Offenen Brief an das brasilianische Volk“ von Edward Snowden und die Petition von David Miranda. Der offene Brief wurde von vielen Beobachtern als indirektes Asylgesuch Snowdens gewertet. Dilma Rousseff äußerte sich dazu einen Tag nach dessen Erscheinen:

Eu não acho que o governo brasileiro tem de se manifestar sobre algo de um indivíduo que não deixa claro, não dirigiu nada para nós. Nós não somos um órgão ao qual se faz ou se consulta ou se comunica por interpostas, de formas em que há intermediários. A nós, não foi encaminhado nada. Me dou completamente ao direito de não me manifestar sobre o que não foi encaminhado.¹⁰

Sie sah keinen Anlass, zu dem Thema Stellung zu beziehen, solange kein direkter Antrag von Edward Snowden vorliegt. Insbesondere die Kommunikation über Dritte kritisierte sie. Während die Präsidentin des Landes sich zurückhaltend zu dem Fall äußerte, beziehen andere Politiker eindeutiger Stellung. Dabei kommen sowohl Stimmen zu Wort, die durch ein

¹⁰ UOL Notícias (18.12.2013): *‘Eu me dou o direito de não me manifestar sobre Snowden’, diz Dilma*. URL: <http://noticias.uol.com.br/internacional/ultimas-noticias/2013/12/18/eu-me-dou-o-direito-de-nao-me-manifestar-sobre-snowden-diz-dilma.htm> (Stand 14.03.2014).

Asyl Snowdens die Beziehungen zu den USA gefährdet sehen¹¹ als auch solche, die ein Asyl Snowdens unterstützen¹².

4 Die Diskussion um die Privatsphäre im Internet

Die Intention der Petition reicht über das Ziel, die brasilianische Regierung zur Gewährung von Asyl für Edward Snowden zu bewegen, hinaus. Die Unterzeichner_innen bekunden gleichzeitig, dass sie die Bemühungen Edward Snowdens, die Öffentlichkeit über die Datensammlungen der Geheimdienste zu informieren, begrüßen sowie Snowdens Kritik an dieser Vorgehensweise teilen. Vom Status eines dauerhaften politischen Asyls für den Whistleblower in Brasilien versprechen sie sich weitere Informationen und eine öffentliche Diskussion über die Datensammelungsaktivitäten der Geheimdienste. Die Menschen sehen ihr Recht auf Privatsphäre von den US-Geheimdiensten verletzt und verlangen vom brasilianischen Staat, sich zum Schutz dieses Rechtes und seiner Verfechter einzusetzen. Im Folgenden wird dargestellt, wie sich die Privatsphäre im Internet im Laufe der Jahre entwickelte und welche Bemühungen der brasilianische Staat zum Schutz dieser seit den Enthüllungen von Edward Snowden unternahm.

Die Frage um die Privatsphäre im Internet stellte sich von Beginn an. Wie Manuel Castells¹³ skizziert, entwickelte sich das Internet von einem Netzwerk, in dem das unübersichtliche und damit den Einzelnen schützende Chaos vorherrschte, hin zu einem immer kontrollierbarerem Raum. Zunächst wurde die Privatsphäre der Nutzer durch die Anonymität der Kommunikation und die Schwierigkeit, die Quellen und den Inhalt von Nachrichten zurückzuverfolgen, weitestgehend geschützt. Bald jedoch ermöglichte die neu entwickelte Software sowohl Staaten als auch privaten Firmen immer mehr Kontrolle über die Kommunikationsflüsse im Internet. Für die Staaten war dabei die politische Kontrolle, für die Unternehmen der finanzielle Anreiz (etwa durch die Durchsetzung von Eigentumsrechten oder die Schaltung gezielter Werbung) das Hauptmotiv. Castells fasst zusammen: „Um ihre

¹¹ Vgl. Estadão (17.12.2013): *Governo desconhece pedido de Snowden*. URL:

<http://blogs.estadao.com.br/link/governo-desconhece-pedido-de-asilo-de-snowden/> (Stand 14.03.2014).

¹² Vgl. O Povo (13.02.2014): *Com 1 milhão de assinaturas, petição por Snowden é entregue no Itamaraty*. URL: <http://www.opovo.com.br/app/maisnoticias/mundo/dw/2014/02/13/noticiasdw,3206211/com-1-milhao-de-assinaturas-peticao-por-snowden-e-entregue-no-itamaraty.shtml> (Stand 26.02.2014).

¹³ Castells, Manuel (2005): *Die Internet-Galaxie. Internet, Wirtschaft und Gesellschaft*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Interessen zu wahren, bedrohen Kommerz und Staat gemeinsam die Freiheit, indem sie im Namen der Sicherheit in die Privatsphäre einbrechen.“¹⁴ Als Gegenkraft dazu formierte sich die Zivilgesellschaft, die ihre Rechte verteidigt.¹⁵

Von Beginn an war folglich die Privatsphäre der Internetnutzer_innen sowohl vom Staat als auch von privaten Firmen bedroht. Dabei wurde lange angenommen, dass die hauptsächliche Bedrohung eher von privater als von staatlicher Seite ausgeht. Vor allen Dingen in den USA, aber auch in Europa, bietet die Rechtslage unzureichenden Schutz vor diesen Eingriffen. Ein länderübergreifendes Abkommen zum Schutz der Privatsphäre wäre notwendig, da nationale Regelungen in einer vernetzten Welt viel zu kurz greifen. Ein solches Abkommen wird jedoch unter anderem dadurch erschwert, dass in den verschiedenen Ländern die Auffassungen von Privatsphäre stark variieren.¹⁶

Mit den Enthüllungen von Edward Snowden über die Vorgehensweise der US-amerikanischen Geheimdienste wurde erstmals bekannt, in welcher Dimension Staaten private Daten ihrer eigenen Bürger_innen und jener anderer Nationen sammeln. Daraus resultierten gesellschaftliche und politische Diskussionen über die Legitimität von nicht zielgerichtet, sondern massenhaft gespeicherten Daten. Aber auch die zielgerichtete Überwachung wurde in den Fokus gerückt, bspw. die Frage, wie weit Überwachung im Namen der Terrorismusbekämpfung gehen darf oder ob das Abhören von Politikern befreundeter Staaten zu rechtfertigen ist.

Die Diskussion über die Privatsphäre im Internet wurde durch die neuen Informationen besonders angeregt. Im Folgenden wird skizziert, wie die Politik speziell in Brasilien, aber auch auf internationaler Bühne, der neuen Situation begegnete. Wie bereits erwähnt, reagierte die brasilianische Regierung verstimmt auf die Enthüllungen von Edward Snowden. Dies wurde durch das abgesagte Treffen der Staatschefin mit Barack Obama sowie Bemühungen um Richtlinien zum Schutz der Privatsphäre im Internet auf internationaler Ebene deutlich.

Am 24.09.2013 hielt Dilma Rousseff vor der UNO-Generalversammlung eine Rede, in der sie die Überwachung von Bürger_innen, Diplomat_innen und der Präsidentin Brasiliens sowie die Wirtschaftsspionage der US-Geheimdienste in ihrem Land entschieden kritisierte. Die

¹⁴ Castells, Manuel (2005): *Die Internet-Galaxie*, S. 196.

¹⁵ Vgl. Ebenda S.181-183.

¹⁶ Vgl. u.a. Weaver, Russell L.; Partlett, David F.; Cole, Mark D. (2012): Protecting Privacy in a Digital Age. In: Dörr, Dieter; Weaver, Russell L. (Hrsg.): *The Right to Privacy in the Light of Media Convergence. Perspectives from three Continents*, Berlin, Boston: De Gruyter, S. 1-30.

Hauptkritikpunkte ihrer Rede waren die Verletzung der Souveränität anderer Staaten und die Missachtung von Privatsphäre und Bürgerrechten durch die Abhöraktivitäten der US-Geheimdienste. Ohne das Recht auf Privatsphäre sieht sie die Meinungsfreiheit sowie eine tatsächliche Demokratie gefährdet. Das Argument der Terrorismusbekämpfung akzeptierte sie nicht und verwies auf die nationalen Zuständigkeiten. Dilma Rousseff kündigte technologische und legislative Bemühungen Brasiliens zum Schutz vor der ausländischen Überwachung an. Vorrangige Ziele seien dabei der Schutz der Menschenrechte¹⁷ sowie der Innovationen brasilianischer Unternehmen. Sie forderte, dass die Telekommunikationstechnologien nicht zum neuen Schlachtfeld zwischen den Staaten avancieren, sondern als Instrument der Demokratieförderung gestärkt werden. Eine führende Rolle der UNO bei der Regulierung der Nutzung der verfügbaren Technologien sowie multilaterale Abkommen, die die Respektierung der Menschenrechte und der Privatsphäre festhalten, würde sie begrüßen.¹⁸

Den Ankündigungen der brasilianischen Präsidentin entsprechend erarbeiteten Brasilien und Deutschland in den folgenden Wochen eine UNO-Resolution zum Schutz der Privatsphäre im Internet. Diese wurde am 18.12.2013 einstimmig von der Generalversammlung der UNO angenommen.¹⁹ Die Resolution mit dem Titel „Recht auf Privatheit im digitalen Zeitalter“²⁰ beinhaltet die grundsätzliche Festlegung, dass „die gleichen Rechte, die Menschen offline haben, auch online geschützt werden müssen, einschließlich des Rechts auf Privatheit“²¹. Es wird festgestellt, dass durch das Abfangen und Sammeln von Daten Menschenrechte verletzt werden können, insbesondere das Recht auf Privatheit. Der Schutz dieses Rechts erlangt durch die Aussage, dass es für die Verwirklichung des Rechts auf freie Meinungsäußerung wichtig ist und somit eine der Grundlagen der demokratischen Gesellschaft bildet, besonderes Gewicht. Desweiteren werden die Vereinbarkeit der Anti-Terrormaßnahmen mit

¹⁷ In der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der UNO sind unter Artikel 12 das Recht auf Privatheit sowie der rechtliche Schutz vor der Verletzung dieses Rechts festgeschrieben.

¹⁸ Vgl. Rede von Dilma Rousseff vor der UNO-Generalversammlung (24.09.2013): URL: <http://www.youtube.com/watch?v=f-nVe4V-cd0> (Stand 27.02.2013).

¹⁹ Vgl. Auswärtiges Amt (19.12.2013): *Deutsch-brasilianische UNO-Resolution zur Privatsphäre im Internet verabschiedet*. URL: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/VereinteNationen/Aktuell/131127_Resolution_Privatsph%C3%A4re_im_Internet.html (Stand 03.03.2014).

²⁰ Vereinte Nationen Generalversammlung (20.11.2013): *Das Recht auf Privatheit im digitalen Zeitalter*, URL: http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/660690/publicationFile/186814/131127_Right2Privacy_DE.pdf (Stand 03.03.2014).

²¹ Ebenda, S.2.

den Menschenrechten sowie der Anspruch auf rechtlichen Schutz vor Verletzungen des Rechts auf Privatsphäre festgehalten. Abschließend wird ein Bericht vor dem Menschenrechtsrat eingefordert, der „über den Schutz und die Förderung des Rechts auf Privatheit im Kontext des innerstaatlichen und extraterritorialen Überwachens und/oder Abfangens von digitaler Kommunikation und Sammelns personenbezogener Daten“²² informiert.²³ Wie alle Resolutionen der Generalversammlung ist auch das brasilianisch-deutsche Projekt zum „Recht auf Privatheit im digitalen Zeitalter“ nicht bindend, sondern lediglich eine Handlungsempfehlung.

Neben den legislativen Bemühungen zum Schutz der brasilianischen Bevölkerung vor den Datensammelaktivitäten der USA kündigte Dilma Rousseff auch technologische Konsequenzen an. Es ist erstmals ein eigener brasilianischer Satellit geplant, um die bisherige Nutzung ausländischer Satelliten in Zukunft zu vermeiden und so das Abfangen von Daten zu erschweren. Zudem soll die Nutzung von verschlüsselter E-Mail-Technologie verstärkt werden und die Verlegung neuer Glasfaserkabel eine sichere Kommunikation mit den anderen lateinamerikanischen Staaten ermöglichen.²⁴ Auch ein neues Glasfaserkabel, das Brasilien und Europa ohne den Umweg über die USA verbinden soll, ist in Planung.²⁵

Die brasilianischen Bemühungen um eine UNO-Resolution zum Schutz der Privatsphäre im Internet verbinden das Land mit europäischen Nationen wie Deutschland und Frankreich, die ebenfalls daran interessiert sind, die Rechte ihrer Bürger_innen im Internet zu stärken.²⁶ Brasilien widmet sich damit einem Thema, das es zuvor, auch aufgrund der landespezifischen Umstände, weniger intensiv verfolgt hatte. Weiterhin bemüht sich das Land um internationalen Austausch zum Thema Privatsphäre im Internet. So ist unter anderem für April des Jahres 2014 in São Paulo mit dem NETmundial ein Treffen zur Zukunft der Steuerung des Internets geplant. Ein Hauptthema wird die Wahrung von

²² Vereinte Nationen Generalversammlung (20.11.2013): *Das Recht auf Privatheit im digitalen Zeitalter*, S.3., URL: http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/660690/publicationFile/186814/131127_Right2Privacy_DE.pdf (Stand 03.03.2014).

²³ Vgl. Ebenda.

²⁴ Vgl. O Globo (06.09.2013): *Brasil tenta burlar espionagem dos EUA com novos cabos e satélite*. URL: <http://oglobo.globo.com/tecnologia/brasil-tenta-burlar-espionagem-dos-eua-com-novos-cabos-satelite-9852830> (Stand 04.03.2014).

²⁵ Vgl. Süddeutsche Zeitung (24.02.2014): *Brasilien und EU planen gemeinsames Datenkabel*. URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/folgen-der-nsa-afaaere-brasilien-und-eu-planen-gemeinsames-datenkabel-1.1896673> (Stand 05.03.2014).

²⁶ O Globo (12.12.2013): *Hollande apoia iniciativas do Brasil e da Alemanha de combate à espionagem*. URL: <http://oglobo.globo.com/pais/hollande-apoia-iniciativas-do-brasil-da-alemanha-de-combate-espionagem-11047052> (Stand 04.03.2014).

Meinungsfreiheit, Menschenrechten und Privatsphäre im Internet sein. Zudem wird ein Gesetzesvorschlag neu diskutiert, der klarer als bisher die Rechte und Pflichten bei der Nutzung des Internets festschreibt.

Die brasilianischen Bemühungen blieben auch von Edward Snowden nicht unbemerkt, der in seinem offenen Brief an das brasilianische Volk feststellte: „Brazil led the United Nations Human Rights Committee to recognize for the first time in history that privacy does not stop where the digital network starts, and that the mass surveillance of innocents is a violation of human rights.“²⁷ Auch viele Brasilianer_innen begrüßen die Bestrebungen ihrer Regierung zum Schutz ihres Rechts auf Privatheit.

5 Fazit

Die Enthüllungen von Edward Snowden über die enorme Menge nicht zielgerichtet gesammelter Daten einerseits und die zielgerichteten Datensammlungen über Staatschefs von befreundeten Nationen sowie deren Wirtschaftsunternehmen andererseits machten deutlich, wie weit die Sammlung von Daten nicht nur technologisch möglich ist, sondern von staatlicher Seite tatsächlich praktiziert wird. Da Edward Snowden als Person aufgrund seiner Äußerungen in den USA strafrechtlich verfolgt wird, bringen viele Menschen ihre Solidarität in Form von Unterstützung seiner Asylbemühungen zum Ausdruck. Sie machen damit deutlich, dass sie seine Aktivitäten für wichtig und unterstützenswert halten. Wie die Petition „Asilo no Brasil para o corajoso Edward Snowden!“ zeigte, ist offensichtlich auch vielen Brasilianer_innen ihr Recht auf Privatsphäre im Internet so wichtig, dass sie den Enthüller der massiven Missachtung dieses Rechts in einem Umfeld wissen wollen, in dem er vor Strafverfolgung sicher ist und möglicherweise weitere Details veröffentlichen kann.

Die Petition nutzt das Medium Internet, um Unterstützer_innen zu mobilisieren. Laut aktuellen Statistiken verfügen etwa 40% der brasilianischen Haushalte über Internetzugang. Höhere Durchschnittswerte werden in den infrastrukturell besser ausgebauten Regionen

²⁷ Folha de São Paulo (17.12.2013): *An Open Letter to the People of Brazil*. URL: <http://www1.folha.uol.com.br/internacional/en/world/2013/12/1386296-an-open-letter-to-the-people-of-brazil.shtml> (Stand 26.02.2014).

Südosten und Süden erreicht.²⁸ Diejenigen, die im Internet aktiv sind, sind zwar potentiell angreifbarer, jedoch sind auch Nutzer_innen anderer Medien betroffen von den Datensammlungen der US-Geheimdienste. Die Onlinepetition, die nur für Internetnutzer_innen zugänglich ist, steht nicht isoliert. Parallel werden Demonstrationen organisiert sowie, beispielsweise durch die bunt inszenierte Übergabe der Unterschriften, die Aufmerksamkeit der traditionellen Medien für das Anliegen erregt. Im Fall der Datensammlungen durch ausländische Geheimdienste korreliert der Grad der potentiellen Betroffenheit mit dem Grad der Vernetzung. Je höher die Anzahl der Telekommunikationsmedien, von denen die Nutzer_innen Gebrauch machen, desto angreifbarer sind sie für Datensammlungen. Daher erscheint es sinnvoll, eine Petition für politisches Asyl von Edward Snowden im Internet zu verbreiten. Trotz der Konzentration auf die Onlinemedien blieben die Berichterstattung in den traditionellen Medien und andere politische Ausdrucksformen wie Demonstrationen nicht außen vor. Auch wenn den Initiatoren bewusst ist, dass die stellvertretende Forderung von Asyl nicht der formal korrekte Weg ist, wollen sie der brasilianischen Regierung verdeutlichen, wie ein großer Teil der Bevölkerung zu diesem Thema steht.

Es ist anzunehmen, dass die deutliche Positionierung der brasilianischen Regierung nach dem Bekanntwerden der Datensammlungen durch US-Geheimdienste und das gesellschaftliche Engagement sich gegenseitig beeinflussten. Der Einsatz der brasilianischen Präsidentin für den Schutz des Rechtes auf Privatsphäre gab ein Signal, ohne das die gesellschaftlichen Proteste möglicherweise verhaltener ausgefallen wären. Die Aussicht auf Aufmerksamkeit oder Erfolg waren bei einer im Grundsatz positiven Einstellung der Regierung wesentlich größer. Zudem ist zu bezweifeln, dass das Land anderenfalls so attraktiv für Edward Snowden gewesen wäre. Die enorme Unterstützerzahl der Petition wiederum zeigt den Politikern wie ein großer Teil der Bevölkerung über die Themen Datensammlungen und Privatheitsrecht denkt.

Es ist zu erkennen, dass sich die Unterstützer_innen der Petition „Asilo no Brasil para o corajoso Edward Snowden!“ nicht nur für das Asyl Edward Snowdens einsetzen, sondern auch für den Schutz des Rechts auf Privatsphäre. Trotz der oftmals großzügigen Preisgabe von persönlichen Informationen in den sozialen Netzwerken wird die unautorisierte

²⁸ Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada (13.04.2014): *SIPS – Sistema de Indicadores de Percepção Social*. URL: http://www.ipea.gov.br/portal/images/stories/PDFs/SIPS/140313_sips_telecomunicacoes.pdf, S. 16 (Stand 17.03.2014).

Speicherung von Daten als Angriff auf dieses Recht empfunden. Die Unterstützer_innen der Petition bringen zum Ausdruck, dass sie sich vom Staat Maßnahmen zum Schutz des Privatheitsrechts sowie dessen Verfechtern und keine ohne Anlass gespeicherten Datensammlungen wünschen.

Literaturverzeichnis

Auswärtiges Amt (19.12.2013): *Deutsch-brasilianische UNO-Resolution zur Privatsphäre im Internet verabschiedet*. URL: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/VereinteNationen/Aktuell/131127_Resolution_Privatsph%C3%A4re_im_Internet.html (Stand 03.03.2014).

Castells, Manuel(2005): *Die Internet-Galaxie. Internet, Wirtschaft und Gesellschaft*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Estadão (17.12.2013): *Governo desconhece pedido de Snowden*. URL: <http://blogs.estadao.com.br/link/governo-desconhece-pedido-de-asilo-de-snowden/> (Stand 14.03.2014).

Folha de São Paulo (17.12.2013): *An Open Letter to the People of Brazil*. URL: <http://www1.folha.uol.com.br/internacional/en/world/2013/12/1386296-an-open-letter-to-the-people-of-brazil.shtml> (Stand 26.02.2014).

Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada (13.04.2014): *SIPS – Sistema de Indicadores de Percepção Social*. URL: http://www.ipea.gov.br/portal/images/stories/PDFs/SIPS/140313_sips_telecomunicacoes.pdf (Stand 17.03.2014).

O Globo (06.09.2013): *Brasil tenta burlar espionagem dos EUA com novos cabos e satélite*. URL: <http://oglobo.globo.com/tecnologia/brasil-tenta-burlar-espionagem-dos-eua-com-novos-cabos-satelite-9852830> (Stand 04.03.2014).

O Globo (12.12.2013): *Hollande apoia iniciativas do Brasil e da Alemanha de combate à espionagem*. URL: <http://oglobo.globo.com/pais/hollande-apoia-iniciativas-do-brasil-da-alemanha-de-combate-espionagem-11047052> (Stand 04.03.2014).

O Globo (22.12.2013): *Snowden diz que gostaria de viver no Brasil, mas não trocaria informação por asilo*. URL: <http://oglobo.globo.com/mundo/snowden-diz-que-gostaria-de-viver-no-brasil-mas-nao-trocara-informacao-por-asilo-11138528> (Stand 26.02.2014).

Onlinepetition: *Schutz für Edward Snowden in Deutschland*, URL: <https://www.campact.de/snowden/appell/teilnehmen/> (Stand 27.02.1014)

Onlinepetition von David Miranda (21.11.2013): *Asilo no Brasil para o corajoso Edward Snowden!* URL: https://secure.avaaz.org/po/petition/Asilo_ja_para_o_Inimigo_Publico_Numero_1_dos_EU_A/ (Stand 26.02.2014).

Onlinepetition von Frank Reginald Wolff (01.11.2013): *Unbefristetes politisches Asyl für Edward Snowden in Deutschland!*, URL: <https://www.openpetition.de/petition/online/unbefristetes-politisches-asyl-fuer-edward-snowden-in-deutschland> (Stand 27.02.2014).

O Povo (13.02.2014): *Com 1 milhão de assinaturas, petição por Snowden é entregue no Itamaraty*. URL: <http://www.opovo.com.br/app/maisnoticias/mundo/dw/2014/02/13/noticiasdw,3206211/com-1-milhao-de-assinaturas-peticao-por-snowden-e-entregue-no-itamaraty.shtml> (Stand 26.02.2014).

Rede von Dilma Rousseff vor der UNO-Generalversammlung (24.09.2013): URL: <http://www.youtube.com/watch?v=f-nVe4V-cd0> (Stand 27.02.2013).

Süddeutsche Zeitung (24.02.2014): *Brasilien und EU planen gemeinsames Datenkabel*. URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/folgen-der-nsa-ffaere-brasilien-und-eu-planen-gemeinsames-datenkabel-1.1896673> (Stand 05.03.2014).

UOL Notícias (18.12.2013): *'Eu me dou o direito de não me manifestar sobre Snowden', diz Dilma*. URL: <http://noticias.uol.com.br/internacional/ultimas-noticias/2013/12/18/eu-me-dou-o-direito-de-nao-me-manifestar-sobre-snowden-diz-dilma.htm> (Stand 14.03.2014).

Vereinte Nationen Generalversammlung (20.11.2013): *Das Recht auf Privatheit im digitalen Zeitalter*. URL: http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/660690/publicationFile/186814/131127_Right2Privacy_DE.pdf (Stand 03.03.2014)

Weaver, Russell L.; Partlett, David F.; Cole, Mark D. (): Protecting Privacy in a Digital Age. In: Dörr, Dieter; Weaver, Russell L. (Hrsg.): *The Right to Privacy in the Light of Media Convergence. Perspectives from three Continents*, Berlin, Boston: De Gruyter, S. 1-30.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Tempo (13.02.2014): Petição com 1,1 mi de assinaturas para asilo de Snowden, URL: <http://www.otempo.com.br/capa/brasil/peti%C3%A7%C3%A3o-com-1-1-mi-de-assinaturas-para-asilo-de-snowden-1.788794> (27.02.2014).